

Die vollstreckbare Urkunde

Handbuch mit Praxishinweisen und Musterformulierungen

Bearbeitet von
Von Dr. Hans Wolfsteiner, Notar a.D., Rechtsanwalt

4. Auflage 2019. Buch. XXVI, 722 S. Hardcover (In Leinen)
ISBN 978 3 406 72027 7
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zwangsvollstreckung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beek-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Hans Wolfsteiner
Die vollstreckbare Urkunde


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die vollstreckbare Urkunde

Handbuch mit Praxishinweisen
und Musterformulierungen

von

Dr. Hans Wolfsteiner

Notar a.D., Rechtsanwalt in München

4., neu bearbeitete Auflage 2019


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H.BECK



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 405 72027 7

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen/Hachelstuhl

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage

Seit der ersten Auflage sind mehr als 25 Jahre vergangen. Seither hat sich im Recht der vollstreckbaren Urkunde vieles ereignet. Es war mir eine große Genugtuung, dass diese Schrift geradezu eine Welle neuer rechtswissenschaftlicher Beschäftigung mit der vollstreckbaren Urkunde ausgelöst und ihr dadurch eine deutlich veränderte Position in der Rechtsordnung verschafft hat. Mit dazu beigetragen haben der Bundesgesetzgeber, der mit der zweiten Zwangsvollstreckungsnovelle ihren Anwendungsbereich erheblich erweitert hat, und die europäischen Institutionen, die beginnend mit dem EuGVÜ und vorläufig endend mit der EuVTVO die Urkundenvollstreckung fest im europäischen Rechtsraum verankert haben. Schließlich haben meine Kollegen die Schrift nicht nur freundlich aufgenommen, sondern auch ihre Ideen in die Rechtspraxis umgesetzt und sie dadurch erst eigentlich effektiv gemacht. Ich danke allen, die sich in diesem Vierteljahrhundert mit der vollstreckbaren Urkunde beschäftigt und wissenschaftlich oder praktisch dazu beigetragen haben, ihre inneren und äußeren Werte zu mehren.

Auch in der vorliegenden (weitgehend neu bearbeiteten) zweiten Auflage habe ich mich bemüht, wissenschaftliche Verarbeitung und Praxis zu verbinden. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine saubere Dogmatik das unübertroffen beste Werkzeug für die Praxis ist, dass aber in der angewandten Wissenschaft Jurisprudenz nur eine solche Theorie etwas taugt, die der Praxis standhält. Oft zeigen sich die Schwächen einer Theorie erst bei der Umsetzung in die Praxis. Nicht selten macht es mehr Mühe, ein einziges praktikables Formular zu entwerfen als ein hochfliegendes Gedankengebäude. Daher habe ich allen Schwerpunkten dieser Schrift Formulare zur Unterstützung der Alltagsarbeit beigegeben, die vielleicht auch dem einen oder anderen nicht in der Praxis stehenden Leser etwas Anschauungsmaterial liefern. Was die Dogmatik betrifft, habe ich in der ersten Auflage vor allem versucht, nachzuweisen, dass der prozessuale Anspruchsbegriff zwangsläufig auch der der vollstreckbaren Urkunde sein muss. In dieser zweiten Auflage liegt mir besonders daran, zu explizieren, dass nicht die Unterwerfungserklärung des Schuldners den Titel bildet, sondern die öffentliche Urkunde des Notars als einem Produkt staatlich-hoheitlichen Handelns, und damit die Vergleichbarkeit insbesondere zu gerichtlichen Vollstreckungstiteln herzustellen. Zugleich liegt mir daran, deutlich zu machen, dass auch die vollstreckbare Urkunde Endpunkt eines geregelten, auf Erkenntnis ausgerichteten Verfahrens ist, das sich mit dem gerichtlichen Erkenntnisverfahren durchaus messen kann.

Sollte diese zweite Auflage so freundlich aufgenommen werden wie die erste, verspreche ich, keine 25 Jahre mehr bis zur dritten verstreichen zu lassen.

Vorwort zur 4. Auflage

Die vorliegende vierte Auflage ist auf den Stand Juni 2018 aktualisiert. Größere Änderungen im positiven nationalen Recht hat es seit der 3. Auflage nur vereinzelt gegeben; besonders positiv hervorzuheben ist aber die Änderung des § 797 Abs. 3 S. 2 ZPO, die dem Notar endlich die Zuständigkeit auch für die Erteilung der weiteren vollstreckbaren Ausfertigung übertragen hat. Umfangreich sind hingegen die Neuerungen im einschlägigen Europarecht, die insbesondere als Brüssel Ia-VO in der EuGVVO das Erfordernis eines Exequatur beseitigt und damit auch die Zuständigkeit des Notars zur Vollstreckbarerklärung ausländischer vollstreckbarer Urkunden obsolet gemacht haben; stattdessen sind neue Formulare eingeführt worden, die nun den Notar belasten, der eine von ihm errichtete vollstreckbare Urkunde für eine Auslandsvollstreckung zu ertüchtigen hat und dafür nach Nr. 23805 ff. KV zum GNotKG nur eine gänzlich unzulängliche Gebühr erhält. Im Bereich des europäischen Rechts ist auch künftig mit erheblicher Bewegung zu rechnen, weil auch zu anderen Vollstreckungsverordnungen die Abschaffung des Exequatur in Arbeit ist. War der deutsche Gesetzgeber relativ ruhig, so war die Rechtsprechung seit der 3. Auflage umso kreativer; insbesondere der V. und der XI. Zivilsenat des BGH haben sich durch zum Teil geradezu abenteuerliche Auslegungskapriolen hervorgetan, die zu berücksichtigen waren. Auch deshalb konnte wiederum nur der kleinere Teil der Erläuterungen unverändert übernommen werden. Wenig geändert hat sich daran, dass Vollstreckungstitel, denen keine materielle Rechtskraft zur Seite steht, in der Rechtsliteratur, aber auch in der Rechtsprechung kaum beachtet werden, obwohl ihre Zahl Legion ist; ich habe versucht, deren Besonderheiten noch deutlicher als bisher herauszuarbeiten, habe aber wenig Hoffnung, dass solche Untersuchungen in einer scheinbar zivilprozess-fernen Monographie im Praxisbetrieb zur Kenntnis genommen werden. Ich habe schließlich verstärkt daran gearbeitet, Rechtsprechungszitate aus der Zeit vor 1949 zu überprüfen und das durch Angabe von Entscheidungsdatum und Aktenzeichen zu dokumentieren; dabei hat sich eine erstaunliche Zahl von (auch in andern Veröffentlichungen zu findenden) Fehlzitaten und von Doppelzitationen ein und derselben Entscheidung durch die Angabe unterschiedlicher Fundstellen ergeben. Ich hoffe, dass die Neuauflage eine so freundliche Aufnahme findet wie die vergangenen.

München, im September 2018

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 4. Auflage	VI
Abkürzungen, Zitierweise	XXV

Teil A: Grundlagen

§ 1. Begriff der vollstreckbaren Urkunde	1
I. Vollstreckungstitel	1
II. Vollstreckbare Urkunden	1
III. Öffentliche Urkunden	2
IV. Freiwillige Grundlage	3
V. Vollstreckbare Urkunden nach der ZPO	4
VI. Vollstreckbare Urkunden außerhalb der ZPO	5
§ 2. Geschichte	5
I. Entstehung	6
II. Entwicklung bis zur Neuzeit	6
III. Von der Reichscivilprozeßordnung bis heute	7
IV. Europäische Rechtsentwicklung	9
§ 3. Schrifttum, Rechtsquellen, Auslegung	10
I. Die maßgeblichen Rechtsnormen	11
II. Die Regelungstechnik	12
III. Die Verfahrensvorschriften	12
1. Beurkundungsverfahren	12
2. Klauselverfahren	13
IV. Die Auslegung	13
1. Anforderungen an die Auslegung	13
2. Auslegung nach funktionaler Einheit	13
3. Hybride Rechtsregeln	14
4. Gesamtzusammenhang mit dem Zivilprozessrecht	14
§ 4. Die vollstreckbare Urkunde im System des deutschen Zivilprozesses	15
I. Grundsatz	15
II. Das notarielle Erkenntnisverfahren	16
1. Begriff des notariellen Erkenntnisverfahrens	16
2. Die Rolle des Notars	18
3. Die Urkunde als Ergebnis des notariellen Erkenntnisverfahrens	18
4. Die Güte des notariellen Erkenntnisverfahrens im Vergleich zum gerichtlichen Erkenntnisverfahren	19
III. Die Rechtsnatur der vollstreckbaren Urkunde	22
1. Grundcharakter, Produkt der Staatsgewalt	22
2. Vollstreckungswirkung	22
3. Keine materielle Rechtskraft	24
IV. Das Verfahren der Vollstreckungsklausel	26
1. Unterschiede zu Urteilen	26
2. Verfahren	26
3. Praktische Relevanz	27
V. Das Vollstreckungsverfahren	27
VI. Ergebnisse	27

§ 5. Die vollstreckbare Urkunde im internationalen Kontext	28
I. Weltweite Verbreitung	28
II. Die Länder ohne vollstreckbare Urkunden	29
III. Die internationale Entwicklung	30
IV. Europäisches Recht	31
1. Anerkennung und Vollstreckung	31
2. Europäischer Vollstreckungstitel	31
3. Aktueller Stand	32
V. Zweiseitige Abkommen	32
VI. Anderweitige internationale Geltung	32
§ 6. Kritik und Schranken der Unterwerfungstitel, Verbraucherschutz	32
I. Fundamentalkritik	33
1. Generelle Einwendungen	33
2. Funktionen der vollstreckbaren Urkunde	34
II. Vollstreckbare Urkunde und Verbraucherschutz	36
1. Allgemeine Geschäftsbedingungen und Verbraucherverträge	36
2. Richtlinie über missbräuchliche Klauseln	47
3. Widerrufsrechte	48
4. Verstoß gegen gesetzliches Verbot	48
III. Der sogenannte Nachweisverzicht	50
1. Grundlagen	50
2. Die notarielle Beratung	51
3. „Nachweisverzicht“ und Verbraucherschutzvorschriften	54
§ 7. Rechtstatsachen und Kritik de lege ferenda	59
I. Rechtstatsachen	60
1. Justizstatistik	60
2. Umfrage Notarkammer	61
3. Wirtschaftliche Bedeutung	61
II. Kritik de lege ferenda	61
1. Gesetzgebungstechnik	61
2. Vertretung durch Rechtsanwälte	63
3. Unterwerfungserklärung	63
4. Gesetzliche Vollstreckungsvoraussetzungen	64
5. Verfahren der Vollstreckungsklausel	65
6. Vollstreckungsverfahren	66
III. Konkurrierende Rechtsinstrumente	67
1. Der vollstreckbare Anwaltsvergleich	67
2. Der Schiedsvergleich	67
§ 8. Aufbau der Untersuchung	68
I. Grundsatz	68
II. Aufbau im Einzelnen	68
Teil B: Das Erkenntnisverfahren (Beurkundungsverfahren) der vollstreckbaren Urkunde	
§ 9. Grundlagen	69
I. Bedeutung der Verfahrensnormen	69
II. Verfahren	70
1. Die Besonderheiten des Beurkundungsverfahrens	70
2. Beurkundung durch andere Organe als Notare	70
3. Grundsatz der Freiwilligkeit	71
III. Der Notar als Richter im Vorfeld	71

§ 10. Anwendbares Recht, Zuständigkeit	72
I. Anwendbares Recht	72
II. Zuständigkeit der Notare	72
1. Sachliche Zuständigkeit	72
2. Örtliche Zuständigkeit	73
3. Internationale Zuständigkeit	74
III. Zuständigkeiten anderer Organe	74
1. Zuständigkeit der Gerichte	74
2. Konsularische Zuständigkeit	75
3. Jugendamtszuständigkeit	75
4. Landesrechtliche Vorschriften	76
5. Künftiges Bundesrecht	77
§ 11. Gegenstand der Beurkundung: die Unterwerfungserklärung	77
I. Grundsatz, Begriff der Unterwerfungserklärung	78
II. Die Elemente der Unterwerfungserklärung	78
III. Die Rechtsnatur der Unterwerfungserklärung	79
1. Welchem Rechtsgebiet ist sie zugehörig?	79
2. Die Unterwerfungserklärung als Prozesshandlung	80
3. Rechtsregeln der Unterwerfungserklärung	82
IV. Einseitige Bewirkungserklärung zur Schaffung eines Vollstreckungstitels	82
1. Einseitige Erklärung	82
2. Rechtlich selbständige, abstrakte Erklärung	83
3. Bewirkungshandlung	83
4. Nur auf Schaffung eines Vollstreckungstitels gerichtet	83
V. Formbedürftigkeit	87
1. Umfang der Formbedürftigkeit	87
2. Nur die Unterwerfungserklärung beurkundungsbedürftig	87
VI. Die Erklärung der Zwangsvollstreckungsunterwerfung	88
1. Die Unterwerfungsformel	88
2. Ausdrückliche Erklärung (Vorkaufsrecht, Angebot)	88
3. Auslegung, Anspruchssurrogate	89
4. Die Bezeichnungsmaxime	92
VII. Zugangsbedürftigkeit	93
1. Nicht zugangsbedürftig	93
2. Abhängigkeit vom Ausfertigungsanspruch	94
3. Wirksamwerden der Unterwerfungserklärung	96
VIII. Die Unterwerfungsfiktion	96
1. Unterwerfungserklärung durch Zwangsvollstreckung	96
2. Sonstige Zwangsmittel	97
3. Rechtsgeschäftliche Unterwerfungsfiktion	97
§ 12. Die Handlungsvoraussetzungen der Zwangsvollstreckungsunterwerfung ..	98
I. Allgemeines	99
1. Prozesshandlungsvoraussetzungen	99
2. Maßgeblicher Zeitpunkt des Vorliegens	99
II. Parteifähigkeit – Rechtsfähigkeit	100
1. Nicht rechtsfähige, aber parteifähige Organisationen	100
2. Juristische Personen	101
3. Rechtsfähige Personengesellschaften	101
4. Rechtsfähige nicht rechtsfähige Personenvereinigungen	102
5. Gemeinschaft der Wohnungseigentümer	103
6. Ausländische Organisationsformen, Trust	104
7. Körperschaften und Anstalten öffentlichen Rechts	104

III.	Geschäftsfähigkeit – Prozessfähigkeit	105
1.	Regeln über Geschäftsfähigkeit anzuwenden	105
2.	Beschränkt Geschäftsfähige, Einwilligungsvorbehalt	106
3.	Andere Beschränkungen der zivilrechtlichen Handlungsfreiheit	108
IV.	Gesetzliche Vertretung	108
1.	Vertretungsbefugnis	108
2.	Genehmigungsbedürftigkeit	108
V.	Organvertretung	109
VI.	Rechtsgeschäftliche Vertretung	109
1.	Regeln des materiellen Rechts	110
2.	Anwaltszwang, Vertretungsverbot	110
3.	Verbotene Rechtsdienstleistung	111
4.	Die Unterwerfungsvollmacht	112
5.	Vertretung ohne Vertretungsmacht	117
VII.	Unterwerfung im eigenen Namen gegen Dritte	117
1.	Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Insolvenzverwalter	117
2.	Gütergemeinschaft, Schlüsselgewalt	119
3.	Gesetzliche Prozessstandschaft nach § 1148 BGB	119
4.	Rechtsgeschäftliche Ermächtigung	120
VIII.	Unterwerfung des Nichtschuldners oder gegenüber dem Nichtberechtigten	121
IX.	Willensmängel	122
§ 13. Die Form der vollstreckbaren Urkunde, Beurkundungsverfahren,		
	Rechtsbehelf	122
I.	Die vorgeschriebene Form	123
II.	Die Äußerlichkeiten des Beurkundungsverfahrens	124
1.	Beurkundung von Willenserklärungen	124
2.	Beurkundung in fremder Sprache	124
3.	Verweisung auf andere Urkunden	124
4.	Bezeichnung der Person der Beteiligten	126
III.	Prüfungsrecht und Prüfungspflicht	127
1.	Feststellung der Geschäftsfähigkeit	129
2.	Beweisbarkeit der Vollstreckungsbedingungen	130
3.	Rechtsschutzbedürfnis	130
4.	Verbotener oder nicht durchsetzbarer Anspruch	131
5.	Geldwäsche	132
IV.	Das Beurkundungsverfahren	133
1.	Die Beurkundung	133
2.	Die Ablehnung der Beurkundung	135
3.	Behandlung der Unterwerfungsurkunde	136
4.	Beurkundung durch andere Stellen	136
V.	Verletzung der Beurkundungsvorschriften	136
VI.	Rechtsbehelfe	137
1.	Notarielle Urkunden	137
2.	Andere Beurkundungszuständigkeiten	138
3.	Gegenstand der Beschwerde	138
4.	Weitere Rechtsbehelfe	139
§ 14. Errichtung über einen Anspruch		
I.	Errichtung über einen Anspruch	140
1.	Begründung in der Unterwerfungsurkunde	140
2.	Anspruch im prozessualen Sinn	141
3.	Anspruch als Korrelat zur Leistungspflicht	143

II.	Das Spannungsverhältnis zum materiellen Recht	143
1.	Grundsätze	143
2.	Der Grundsatz der Freiwilligkeit	144
3.	Keine Bindung an das materielle Recht	144
4.	„Abstrakte“ Vollstreckungsunterwerfung	145
III.	Bestimmter Anspruch	146
1.	Grundsatz	146
2.	Einschränkungen	146
3.	Unbestimmte, aber künftig bestimmbare Ansprüche	147
4.	Anspruchsveränderungen	148
IV.	Teil eines Anspruchs	149
§ 15.	Bestimmter Schuldner, bestimmter Gläubiger	150
I.	Bestimmter Schuldner	150
1.	Schuldner des Anspruchs	150
2.	Schuldner kraft Haftung?	152
3.	Mehrere Schuldner	152
4.	Rechtsfähige nichtrechtsfähige Gebilde als Schuldner	153
5.	Wohnungseigentumsverwalter	157
6.	Nicht-Schuldner (nach materiellem Recht)	158
II.	Bestimmter Gläubiger	159
1.	Real existierender Gläubiger	159
2.	Rechtsfähige nichtrechtsfähige Gebilde	160
3.	Fehlende Gläubigerbezeichnung	161
4.	Jeweiliger Gläubiger	162
5.	Verschieden vom Schuldner (In-sich-Unterwerfung)	162
6.	Leistung an Dritte	163
7.	Unterwerfung gegenüber dem Nicht-Gläubiger (nach materiellem Recht)	164
§ 16.	Bestimmter Leistungsgegenstand	165
I.	Bestimmtheit	166
1.	Inhaltliche Bestimmtheit	166
2.	Fälligkeit	170
II.	Gesetzliche Einschränkungen des Grundsatzes	171
1.	Mindestunterhalt, Regelbetrag	171
2.	Basiszinssatz	172
3.	Zug-um-Zug-Leistung	172
III.	Offene Ansprüche als Inhalt des Unterwerfungstitels	173
1.	Grundsatz	173
2.	Grenzen	173
3.	Kategorien	175
IV.	Offener Leistungsgegenstand	176
1.	Einseitig offen	176
2.	Einzelfälle	177
V.	Offene Fälligkeit	184
1.	Fälligkeitsvernichtende Merkmale	185
2.	Aufgeschobene Fälligkeit	185
§ 17.	Vollstreckungsvoraussetzungen und erweiterte Vollstreckbarkeit	190
I.	Grundsatz	190
II.	Vollstreckungsbedingungen, Vollstreckungsvoraussetzungen	191
1.	Ausdrücklich gesetzte Voraussetzungen	191
2.	Vollstreckungsvoraussetzungen kraft Vermutung	194
3.	Gesetzliche Vollstreckungsvoraussetzungen	198

III.	Erweiterte Vollstreckbarkeit	202
1.	Der so genannte Nachweisverzicht	202
2.	Die so genannte Unterwerfung wegen eines Höchstbetrags	202
3.	Die so genannte Unterwerfung wegen eines Höchstzinssatzes	204
IV.	Unzulässige Vollstreckungsvoraussetzungen, Substitution	204
V.	Die Ausfertigungsbedingung	205
§ 18.	Individualisierung des Anspruchs	206
I.	Grundlagen	206
II.	Einzelheiten	208
1.	Anspruch in derselben Urkunde begründet	208
2.	Anderweitig begründeter Anspruch	208
3.	Künftige Ansprüche	209
4.	Mehrere Ansprüche	209
III.	Die Form der Identifizierung	209
IV.	Vorsätzliche unerlaubte Handlung	210
Teil C: Die vollstreckbare Urkunde und ihre Ansprüche		
§ 19.	Wirksamkeitsvoraussetzungen und Causa der vollstreckbaren Urkunde	211
I.	Grundsatz	211
II.	Formelle Urkundsmängel	212
1.	Die Urkunde als Vollstreckungstitel	212
2.	Nicht-Urkunde (Scheinurkunde)	213
3.	Formnichtige Urkunden	214
III.	Inhaltliche Mängel	216
1.	Keine Unterwerfungserklärung enthaltend	216
2.	Fehlende Handlungsvoraussetzungen	216
3.	Vollstreckbarkeitssperren (nicht vergleichsfähig etc.)	219
4.	Nicht ausreichend bestimmter Anspruch	219
5.	Nichtigkeit aus materiellrechtlichen Erwägungen	220
6.	Nichtigkeit des materiellen Anspruchs	221
7.	Unerlaubte oder unredliche Zwecke	222
IV.	Teil-Unwirksamkeit	222
1.	Teil-unwirksame Unterwerfungserklärung	222
2.	Materielle Teil-Unwirksamkeit	223
V.	Die Causa der vollstreckbaren Urkunde	224
1.	Unterwerfungsverpflichtung	225
2.	Allgemeine Geschäftsbedingungen	226
3.	Wohnungseigentum	226
4.	Realisierung des Unterwerfungsanspruchs	226
§ 20.	Alle Ansprüche	228
I.	Grundsatz	228
II.	Deutsche Gerichtsbarkeit	229
1.	Exterritorialität, Staatenimmunität	229
2.	Weitere internationale Abkommen	230
3.	Europäisches Zuständigkeits- und Vollstreckungsrecht	230
4.	Fremde öffentlich-rechtliche Forderungen	230
III.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	230
1.	Geltendmachung vor ordentlichen Gerichten	230
2.	Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	232
3.	Zivilprozesssachen kraft Zuweisung	232
4.	Hypotheken und Bürgschaften	233
5.	Ansprüche ausländischen Rechts	234
IV.	Von der Rechtsordnung als durchsetzbar anerkannte Ansprüche	234

V.	Künftige Ansprüche	234
VI.	Ansprüche unter Schiedsvertrag	234
VII.	Rechtsfolgen	234
§ 21.	Einer vergleichweisen Regelung zugänglich	235
I.	Grundsatz	235
II.	Einzelfälle	237
	1. Kindesunterhalt	237
	2. Kindschaftsrecht	238
	3. Erbrecht	239
§ 22.	Nicht auf Abgabe einer Willenserklärung gerichtet	240
I.	Grundsatz	240
II.	Die Auslegung	240
III.	Einzelheiten	241
	1. Willenserklärungen aller Art	241
	2. Verschaffung des Eigentums	242
§ 23.	Nicht den Bestand eines Mietverhältnisses über Wohnraum betreffend	243
I.	Grundsatz	243
II.	Die Tatbestandsmerkmale im Einzelnen	244
	1. Nur Ansprüche gegen den Mieter	244
	2. Nur Räumungsansprüche	244
	3. Nur Wohnraum	245
	4. Nur Mietverhältnis	246
III.	Abgrenzungsfragen	247
IV.	Verfahrensfragen	248
§ 24.	Ansprüche aus dem Schuldrecht	248
I.	Geld	249
II.	Schuldanerkenntnisse und Schuldversprechen	249
	1. Kausales Schuldanerkenntnis	250
	2. Abstraktes Schuldanerkenntnis	250
	3. Verfallklauseln	250
III.	Bürgschaften	251
IV.	Vertragsstrafen	252
	1. Handlungspflichten	252
	2. Duldungs- und Unterlassungspflichten	252
	3. Kombinierte Titel	253
V.	Inhaberschuldverschreibungen und andere Wertpapiere	253
VI.	Befreiung von einer Verbindlichkeit	254
VII.	Herausgabe und Lieferung beweglicher Sachen	255
	1. Herausgabe beweglicher Sachen	255
	2. Lieferung beweglicher Sachen	255
VIII.	Werkleistungen und Werklohn	255
	1. Werkleistungen	255
	2. Werklohn	256
IX.	Duldungs- und Unterlassungsansprüche	257
§ 25.	Grundstücksbezogene Ansprüche	259
I.	Grundstückskauf	259
II.	Der Bauträgervertrag	261
	1. Begriff	261
	2. Die restriktive Rechtsprechung des BGH	261
	3. Die neue Disparität	262
	4. Verbliebene Unterwerfungsmöglichkeiten	263
III.	Miet- und Pachtverträge über Grundstücke	263

IV.	Ansprüche in Zusammenhang mit Wohnungseigentum	265
1.	Verwaltungsschulden	265
2.	Wohngeldansprüche	267
3.	Sonstige Ansprüche	271
§ 26.	Ansprüche aus dem Familienrecht, auf Persönlichkeitsschutz und aus dem Erbrecht	272
I.	Vermögensrechtliche Ansprüche aus dem Familienrecht	272
1.	Vergleichsfähigkeit	272
2.	Unterhaltsansprüche minderjähriger Kinder	273
3.	Unterhaltsansprüche anderer Personen	276
4.	Mehrere Berechtigte	276
II.	Nicht vermögensrechtliche Ansprüche aus dem Familienrecht	276
III.	Ansprüche auf Persönlichkeitsschutz	276
IV.	Erbrechtliche Ansprüche	277
§ 27.	Dingliche Ansprüche (außer aus Grundpfandrechten)	278
I.	Grundsätze	279
1.	Kategorie „Alle Ansprüche“	279
2.	Rechte an Mobilien und Immobilien	280
II.	Herausgabeansprüche	280
III.	Ansprüche aus Dienstbarkeiten	280
1.	Grunddienstbarkeiten	280
2.	Nießbrauch	282
3.	Beschränkte persönliche Dienstbarkeiten	282
IV.	Reallasten	282
1.	Grundsätze	282
2.	Die Rentenreallast	284
V.	Erbbaurechte	286
1.	Ansprüche aus dem Erbbaurecht	287
2.	Der Erbbauzins	288
VI.	Mobiliarpfand	290
1.	Zulässigkeit	290
2.	Dingliche und persönliche Unterwerfung	290
3.	„Verpfändung der Auflassungsvormerkung“	290
§ 28.	Ansprüche aus Grundpfandrechten und verwandten Rechten	291
I.	Grundsätze	292
1.	Grundsätzliche Vollstreckbarkeit	292
2.	Funktion des § 800 ZPO	292
3.	Ansprüche aus Grundpfandrechten als künftige Ansprüche	295
II.	Die „einfache“ dingliche Zwangsvollstreckungsunterwerfung	295
1.	Die allgemeinen Anforderungen	295
2.	Eingeschränkte Unterwerfung	297
3.	Die vorgezogene Unterwerfung	302
4.	Die wiederholte Unterwerfung	304
III.	Die Zwangsvollstreckungsunterwerfung gegen den jeweiligen Grundstückseigentümer (§ 800 ZPO)	304
1.	Inhalt der Erklärung	305
2.	Grundbucheintragung	305
3.	Das weitere Schicksal der Grundbucheintragung	308
IV.	Die einzelnen Grundpfandrechte	309
1.	Die Verkehrshypothek	309
2.	Die Sicherungshypothek	310
3.	Die Höchstbetragshypothek	310
4.	Die Grundschuld	314

V.	Ansprüche aus verwandten Rechten	318
1.	Schiffshypotheken	318
2.	Registerpfandrechte an Luftfahrzeugen	318
§ 29.	Widerruf, Abänderung und Aufhebung der vollstreckbaren Urkunde	319
I.	Widerruf vor Wirksamwerden	319
1.	Noch kein Ausfertigungsanspruch	319
2.	Ausfertigungsanspruch	320
II.	Anfechtung, Widerruf nach Wirksamwerden	320
III.	Aufhebung und Abänderung durch Richterspruch	320
1.	Vollstreckungsabwehrklage	320
2.	Einschränkung der Vollstreckbarkeit	321
3.	Abänderungsklage	321
4.	Insolvenzverfahren	322
5.	Klauselerinnerung	322
IV.	Aufhebung und Abänderung durch die Parteien	322
1.	Anspruchserweiterung	322
2.	Verzicht auf Vollstreckbarkeit	324
3.	Änderung der Anspruchsmodalitäten, Auswechslung des Anspruchs	326
§ 30.	Insbesondere: Veränderungen im Inhalt und im Belastungsgegenstand	
	von Grundstücksrechten	327
I.	Forderungsauswechslung, Umwandlung	328
1.	Forderungsauswechslung	328
2.	Umwandlung	329
II.	Erweiterung und Reduzierung	330
1.	Erweiterung	330
2.	Grundbucheintragung	330
III.	Rangänderung	331
IV.	Teilung, Verteilung und Vereinigung von Grundpfandrechten	331
V.	Veränderungen im Belastungsgegenstand	332
1.	Umschreibung auf anderes Grundbuchblatt	332
2.	Wohnungseigentum	332
3.	Verringerung im Grundstückbestand	333
4.	Bestandteilszuschreibung, Vereinigung, Erstreckung	333
5.	Umlegungsverfahren, Insolvenzplan	335
§ 31.	Rechtsbehelfe gegen die vollstreckbare Urkunde	336
I.	Die Vollstreckungsabwehrklage	337
1.	Zuständigkeit	338
2.	Zulässigkeit	344
3.	Begründetheit	348
4.	Vorbehalt der beschränkten Haftung	351
5.	Materielle Rechtskraft	353
6.	Zwangsvollstreckung	355
7.	Einstweilige Anordnungen	355
II.	Die „Klage analog § 767 ZPO“ („Titelgegenklage“)	356
1.	Der ursprüngliche Anwendungsbereich	357
2.	Die fehlende Unterwerfungsvollmacht	358
3.	Der wirkungsgeminderte Unterwerfungstitel	359
III.	Die Klage gegen die Vollstreckungsklausel nach § 768 ZPO (Klauselabwehrklage)	363
1.	Grundlagen	363
2.	Zulässigkeit	364
3.	Begründetheit	365

IV.	Die Abänderungsklage (der Abänderungsantrag)	365
1.	Statthaftigkeit	365
2.	Zulässigkeit	365
3.	Begründetheit	366
4.	Konkurrenz zur Zusatzklage und zur Vollstreckungsabwehrklage	370
5.	Das Abänderungsurteil	372
6.	Abänderung nach rechtskräftiger Feststellung	372
7.	Vollstreckungsklausel, Zwangsvollstreckung	373
8.	Familiensachen	373
V.	Feststellungsklage, neue Leistungsklage	374
VI.	Schadensersatz	374
1.	Allgemeine Regelung	374
2.	Sonderfall § 799a ZPO für Grundpfandrechte	375
3.	Vertragsverletzung	376
4.	Culpa in contrahendo	377
5.	Verletzung einer Sonderbeziehung?	377
6.	Unerlaubte Handlung	377
§ 32.	Verjährung und Verwirkung vollstreckbar gestellter Ansprüche	378
I.	Grundlagen	378
II.	Die Voraussetzungen	379
1.	Begriff „Vollstreckbare Urkunde“	379
2.	Wirksam als Vollstreckungstitel	380
3.	Künftig fällig werdende regelmäßig wiederkehrende Leistungen	382
III.	Wirkungen	382
1.	Verlängerung der Verjährungsfrist	382
2.	Rückgabe von Sicherheiten	383
3.	Titulierung nach Verjährungsablauf	383
IV.	Verwirkung	384
	Teil D: Die vollstreckbare Ausfertigung	
§ 33.	Grundlagen	385
I.	Die vollstreckbare Ausfertigung	385
1.	Erfordernis und praktische Gewichtung	385
2.	Entscheidung über die Vollstreckbarkeit	386
3.	Akt der Rechtsprechung	386
4.	Zweck des Klauselverfahrens	387
5.	Die Funktionen der Vollstreckungsklausel	388
II.	Die Funktion des Notars	389
1.	Rechtsprechende Funktion	389
2.	Der Notar als Staatsfunktionär	390
3.	Entscheidungs-, kein Beurkundungsverfahren	390
III.	Verfahrensgegenstand	393
1.	Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen	393
2.	Dem Titel vorbehalten	393
3.	Dem Vollstreckungsverfahren vorbehalten	393
IV.	Verfahrensgrundsätze	393
1.	Entscheidung	393
2.	Verfahren nicht förmlich	394
3.	Rechtsbehelfe	394
§ 34.	Zuständigkeit	394
I.	Grundlagen	395
1.	Zuständigkeit	395
2.	Abwesenheit, Verhinderung	395

3. Amtliche Verwahrung letztwilliger Verfügungen	396
4. Vorläufige Amtsenthebung	396
5. Notariatsverwalter	396
II. Zuständigkeit für weitere vollstreckbare Ausfertigung	396
III. Funktionelle Zuständigkeit beim Amtsgericht	397
IV. Zuständigkeit bei anderen Urkundspersonen	397
1. Gerichtliche Urkunden	397
2. Verwahrung durch Behörde	397
3. Jugendamtsurkunden	398
4. Konsularische Urkunden	398
5. Ausländische vollstreckbare Urkunden	398
V. Folgen fehlender Zuständigkeit	398
1. Unzuständiger Notar	398
2. Rechtsfolgen	398
§ 35. Antragsverfahren	399
I. Der Antrag	400
1. Inhalt des Antrags, Antrag in Vollmacht	400
2. Bezeichnung des Anspruchs, Teilausfertigung	400
3. Nachweis von Tatsachen	401
II. Antragsberechtigung	402
1. Antragsrecht des Schuldners	403
2. Ende des Antragsrechts des Schuldners	403
3. Keine Identität zwischen Gläubiger und Schuldner	404
III. Verfahren	404
1. Nicht förmlich	404
2. Verfahrensinhalte	405
3. Beweisaufnahme	405
4. Tod, Insolvenz	405
IV. Insbesondere: Rechtliches Gehör	406
1. Grundsatz	406
2. Gehör für den Gläubiger	407
3. Gehör für den Schuldner	407
4. Das Verfahren der Anhörung	409
V. Die Entscheidung	410
1. Stattgebende Entscheidung	410
2. Zum Teil stattgebende Entscheidung	411
3. Abhängigkeit von Kostenzahlung	411
4. Übermittlung der vollstreckbaren Ausfertigung	412
5. Vorbescheid	412
6. Ablehnung durch Beschluss	413
VI. Verfahren anderer zuständiger Stellen	414
1. Gerichte	414
2. Jugendamt	415
§ 36. Ausschließung, Befangenheit	416
I. Ausschließung	416
1. Gesetzliche Ausschlussgründe	416
2. Schon bei Beurkundung ausgeschlossen	417
II. Selbstablehnung	417
III. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit	418
1. Grundsatz	418
2. Verfahren	418
3. Begründetheit	419
4. Handlungen des abgelehnten Notars	419

IV.	Anwendung auf andere Klauselorgane	420
V.	Rechtsfolgen	420
§ 37.	Vollstreckbare Ausfertigung und Vollstreckungsklausel	420
I.	Begriff und Anforderungen	421
1.	Vollstreckbare Ausfertigung, Vollstreckungsklausel	421
2.	Begriff der Ausfertigung	422
3.	Ausfertigung im Auszug	423
4.	Mehrzahl von Urkunden	424
5.	Gemeinsame Ausfertigung mehrerer Urkunden	425
II.	Die Vollstreckungsklausel	425
1.	Mindestinhalt	425
2.	Rechtsbehelfsbelehrung	425
3.	Abweichungen vom Wortlaut	425
4.	Ausfertigungsadresse	425
5.	Zusatzformulierungen	426
6.	Die Vollstreckungsklausel für oder gegen Mehrere	427
7.	Am Schluss beizufügen	429
III.	Deutsche Sprache	429
IV.	Der Aussteller der Vollstreckungsklausel	429
1.	Notar oder Notarvertreter	429
2.	Notar oder Amtsgericht als Ersatznotar	429
3.	Aktenverwahrung durch Notar oder Amtsgericht	430
4.	Notariatsverwalter	430
5.	Jugendamt	430
V.	Buchführung nach § 734 ZPO	431
§ 38.	Allgemeine Voraussetzungen der vollstreckbaren Ausfertigung	431
I.	Formell wirksamer Unterwerfungstitel	432
1.	Wirksamer Unterwerfungstitel	432
2.	Ausweis ordnungsmäßiger Unterwerfungserklärung	433
3.	Die Vertretungsnachweise im Einzelnen	437
II.	Inhaltliche Prüfung	437
1.	Maßgeblichkeit des Urkundeninhalts	437
2.	Materielle Einwendungen	438
3.	Rückwirkende Rechtsänderungen	439
4.	Zeitliche Grenzen	439
III.	Titel noch wirksam	439
IV.	Anspruchsveränderungen nach Beurkundung	439
1.	Wegfall des Anspruchs	440
2.	Wegfall der Bestimmtheit des Anspruchs	442
3.	Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses	442
4.	Gläubiger- und Schuldnerwechsel	442
5.	Wechsel des Rechtscharakters bei der Sicherungsgrundschuld	443
6.	Keine Ermittlungspflicht	443
7.	Abwendungsbefugnis	444
§ 39.	Vollstreckungsvoraussetzungen	444
I.	Grundsatz	444
II.	Abhängigkeit vom Eintritt einer Tatsache	445
1.	Titel, Anspruch, Vollstreckbarkeit	445
2.	„Bedingungen“	446
3.	Tatsache	446
4.	Einzelheiten	446
III.	Durch den Gläubiger zu beweisen	448
1.	Beweislast	448

2. Abweichende Anordnung	449
IV. Ausnahmen von der Nachweispflicht	449
1. Datumsmäßige Fälligkeit	449
2. Sicherheitsleistung	451
3. Einstweilige Einstellung der Vollstreckung	451
4. Zug-um-Zug-Leistung	451
5. Grundpfandrechte	454
V. Nachweisverfahren	455
§ 40. Weitere Funktionen der Vollstreckungsklausel	455
I. Grundsätzliches	456
II. Erweiterter Anwendungsbereich	457
1. Bewusste Ungenauigkeiten und Unvollständigkeiten	457
2. In-sich-Unterwerfung	459
3. Unbewusste Ungenauigkeiten und Unvollständigkeiten	459
4. Auslegungsfähige Klauseln	459
III. Voraussetzungen der Anwendung	460
IV. Die „Beischreibung“	460
1. Änderung vor Klauselerteilung	460
2. Vollstreckungsklausel bereits erteilt	461
3. Zustellung, Kostenfolge	461
§ 41. Die „weitere“ vollstreckbare Ausfertigung	462
I. Regelungszweck	462
II. Begriff der weiteren vollstreckbaren Ausfertigung	462
1. Teilausfertigungen	463
2. Rechtsnachfolge	463
3. Mehrere Gläubiger oder Schuldner	464
4. Mehrere Ansprüche	465
5. Wahlschuld	465
III. Rückgabe der Erstausfertigung	465
IV. Voraussetzungen	466
1. Formelle Voraussetzungen, erneute Prüfung	466
2. Materielle Voraussetzungen	466
V. Verfahren	469
1. Zuständigkeit	469
2. Glaubhaftmachung	469
3. Anhörung des Schuldners	470
4. Förmlichkeiten der Ausfertigung und der Ablehnung	471
5. Zwangsvollstreckung	472
6. Rechtsbehelfe	472
7. Jugendamtsurkunden	472
8. Gerichtliche Urkunden	473
§ 42. Rechtsnachfolge	474
I. Dogmatische Grundlegung des § 727 ZPO	474
II. Praktische Konsequenzen	475
1. Antragsverfahren	475
2. Rechtsnachfolge	475
3. Verknüpfung mit der Rechtskraft	476
4. Verknüpfung mit der Beweislast	476
5. Einheitliches Bild der Vollstreckungsnachfolge	476
6. Schuldbeitritt	477
III. Rechtsnachfolge auf der Gläubiger- und der Schuldnerseite	477
IV. Maßgeblicher Zeitpunkt	478
V. Prozessstandschaft	479

1. Gesetzliche Prozessstandschaft	479
2. Gewillkürte Prozessstandschaft	479
VI. Weitere Fälle entsprechender Anwendung?	480
VII. Die Formulierung der Klausel für und gegen den Rechtsnachfolger	481
VIII. Die „Umschreibung“ der Vollstreckungsklausel	481
1. Begriff der Umschreibung	481
2. Die Varianten	481
3. Teil-Rechtsnachfolge	483
IX. Die „Rückgängigmachung“ der Umschreibung	483
§ 43. Rechtsnachfolge auf der Gläubigerseite	484
I. Gesamtrechtsnachfolge auf Gläubigerseite	485
1. Erbrechtliche Gesamtrechtsnachfolge	485
2. Vermögensübergang	487
3. Gesamthandsgemeinschaften	489
4. Parteien kraft Amts	491
5. Gesetzliche Prozessstandschaft	494
II. Sonderrechtsnachfolge	495
1. Abtretung des Anspruchs	495
2. Gesetzlicher Übergang des Anspruchs	497
III. Erwerb der streitbefangenen Sache	501
1. Rechte des jeweiligen Eigentümers	501
2. Subjektiv-dingliche Rechte	501
3. Erwerb durch Zuschlag in der Zwangsversteigerung	501
4. Wertpapieransprüche	501
IV. Erwerb eines minderen Rechts	502
V. Inhaltliche Veränderung des Schuldverhältnisses	503
1. Erbengemeinschaft als Nachfolger	503
2. Vorerbe	503
3. Nicht qualifizierter Rechtsnachfolger	503
§ 44. Rechtsnachfolge auf der Schuldnerseite	504
I. Gesamtrechtsnachfolge	505
1. Erbrechtliche Gesamtrechtsnachfolge	505
2. Vermögensübergang	510
3. Parteien kraft Amts	512
4. Gesetzliche Prozessstandschaft	516
II. Einzelrechtsnachfolge, Schuldübernahme	517
1. Gesetzliche Einzelrechtsnachfolge	517
2. Schuldübernahme	517
III. Erwerb der streitbefangenen Sache	518
1. Begriff der „Sache“	519
2. „Streitbefangen“	519
3. Erwerb der Sache	522
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	524
5. Zwangsverwaltung	525
6. Gutgläubig titelfreier Erwerb	526
7. Konsequenzen für die „dingliche“ Zwangsvollstreckungsunterwerfung	528
IV. Inhaltliche Veränderung des Schuldverhältnisses	528
1. Mehrere Erben, Aufspaltung	528
2. Eintritt einer Haftungsbegrenzung	529
3. Rechtsnatur des Anspruchs	529
4. Insolvenz	529
§ 45. Schuldbeitritt	529
I. Grundsätzliches	530

II.	Gesetzlich angeordneter Vollstreckungsbeitritt (Titelerweiternde Klausel)	530
1.	Vermögensübernahme	531
2.	Fortführung eines Handelsgeschäfts	531
3.	Gütergemeinschaft	534
III.	Vollstreckungsrechtlich nicht geregelter gesetzlicher Schuldbeitritt	535
1.	Nicht rechtsfähige Gesamthandsgemeinschaften	535
2.	Rechtsfähige Gesamthandsgemeinschaften	536
3.	Betriebsübernahme	538
4.	Spaltung	538
5.	Nachfolge in Mietverhältnis und Wohngeldschuld	538
6.	Nachfolge in Wohnungseigentümergeinschaft	539
7.	Rechtserwerb an streitbefangener Sache	539
IV.	Rechtsgeschäftlicher Schuldbeitritt	540
§ 46.	Nachweisverfahren	540
I.	Grundlagen	541
II.	Begriff des Nachweises	542
1.	Nachweis und freie Beweiswürdigung	542
2.	Formgerechte Nachweise	543
3.	Gegenbeweis	544
III.	Nachweisanforderungen	544
1.	Direkter Nachweis	544
2.	Einzelfälle	545
IV.	Nachweis durch Urkunden	552
1.	Begriff und Beweiskraft öffentlicher Urkunden	553
2.	Öffentlich beglaubigte Urkunden	556
3.	Ausländische öffentliche Urkunden	556
4.	Verfahren	557
5.	Behandlung in der Vollstreckungsklausel	558
V.	Offenkundigkeit	558
1.	Begriff	559
2.	Öffentliche Register	559
3.	Behördliche, gerichtliche und private Akten	561
4.	Vorgang in der Öffentlichkeit	561
5.	Behandlung in der Vollstreckungsklausel	561
VI.	Geständnis und Anerkenntnis	561
1.	Geständnis	561
2.	Anerkenntnis	565
VII.	Insbesondere: Nachweis der Rechtsnachfolge	565
1.	Gesamtrechtsnachfolge	565
2.	Überleitung	567
3.	Rechtsgeschäftliche Einzelrechtsnachfolge	567
4.	Erwerb der streitbefangenen Sache	569
§ 47.	Rechtsbehelfe im Klauselverfahren	569
I.	Allgemeines	570
1.	Klausel als Gegenstand	570
2.	Rechtsmittelsystem chaotisch	570
3.	Sinngerechte Auslegung	572
II.	Die Beschwerde gegen die Ablehnung der Vollstreckungsklausel	573
1.	Beschwerde	573
2.	Beschwerdeberechtigung, Einlegung der Beschwerde	574
3.	Beteiligte des Verfahrens	575
4.	Prüfungsumfang	576
5.	Form der Entscheidung	576

6. Rechtsbeschwerde	576
7. Klausel des Urkundsbeamten oder des Rechtspflegers	578
8. Klausel des Jugendamts	578
III. Die Klauselerinnerung	578
1. Grundsätzliches	578
2. Zulässigkeit	582
3. Zuständigkeit	583
4. Verfahren und Entscheidung	584
5. Materielle Rechtskraft	586
6. Einstweilige Anordnungen	587
IV. Die Klage auf Erteilung der Vollstreckungsklausel	588
V. Die Klage gegen die Vollstreckungsklausel	589
VI. Herausgabe und Rückgabe der vollstreckbaren Ausfertigung	589
1. Herausgabeanspruch des Schuldners	589
2. Herausgabeanspruch des Rechtsnachfolgers	591
3. Herausgabe an den Notar	591
VII. Schadensersatz	592
VIII. Der Prätendentenstreit	592
1. Vollstreckbare Ausfertigung bereits erteilt	592
2. Vollstreckbare Ausfertigung noch nicht erteilt	594
3. Schutz des Schuldners	594
IX. Dritteinwendungen	595

Teil E: Zwangsvollstreckung

§ 48. Die Prüfung der Vollstreckungsvoraussetzungen	596
I. Grundlagen	597
II. Die Prüfung des Titels	598
1. Prüfung der Wirksamkeit des Titels	598
2. Ordnungsgemäßer Titel	599
3. Einwendungen des Schuldners	601
III. Die Prüfung der Vollstreckungsklausel	602
1. Vollstreckungsklausel	602
2. Äußerlich ordnungsgemäß	603
3. Nachweisabhängig	603
IV. Die Prüfung der Zustellung	604
1. Grundsatz	604
2. Schuldtitel	604
3. Schuldner	607
4. Zustellung	608
5. Die Zustellungsvollmacht	611
6. Die Wartefrist	612
7. Der Zustellungs- und Wartezeitverzicht	613
8. Der Nachweis der Zustellung	614
9. Folgen von Zustellungsmängeln	615
V. Die Prüfung der sonstigen Vollstreckungsvoraussetzungen	615
1. Datumsmäßige Fälligkeit	615
2. Kosten der Zwangsvollstreckung	616
3. Forderungshöhe	617
4. Zug-um-Zug-Leistung	617
5. Sicherheitsleistung	618
6. Rechte im Grundbuch	618
VI. Zeitliche Abgrenzung, Rechtsnachfolge im Vollstreckungsverfahren	618
1. Vollstreckungsvoraussetzungen bei Beginn	618
2. Rechtsnachfolge nach Beginn	619
VII. Der Erfüllungseinwand	620

§ 49. Vollstreckungsverfahren	621
I. Die Vollstreckung	621
II. Die Eintragung einer Zwangshypothek	622
1. Nur Geldansprüche	622
2. Zwangshypothek als Vollstreckungsmaßnahme	622
3. Gesamt-Zwangshypothek	623
4. Gläubiger der Zwangshypothek	623
5. Zwangsversteigerung aus der Zwangshypothek	623
III. Die Vollstreckung werkvertraglicher und anderer Ansprüche auf Vor- nahme einer Handlung	625
1. Zuständigkeit	625
2. Verfahrensgang	625
3. Nicht vertretbare Handlungen	626
IV. Die Räumungsvollstreckung	626
V. Die Vollstreckung von Grundpfandrechten	627
1. Vollstreckungsschuldner, Vollstreckungsgläubiger	627
2. Vollstreckbare Ausfertigung	627
VI. Die Zug-um-Zug-Vollstreckung	627
1. Kaufpreisanspruch	628
2. Anspruch auf Besitzübergabe	629
VII. Rechtsbehelfe im Vollstreckungsverfahren	629
1. Vollstreckungserinnerung	629
2. Beschwerde	630
3. Schadensersatz	630

Teil F: Vollstreckbare Urkunden außerhalb der ZPO

§ 50. Vollstreckbare Verwaltungsurkunden	631
I. Grundlagen	631
1. Verwaltungsunterwerfung	631
2. Ausschließlichkeit der Verwaltungsunterwerfung	632
II. Rechtscharakter und Voraussetzungen	632
1. Nur Vertrag	632
2. Unterwerfungserklärung	632
3. Anforderungen an den Anspruch	632
4. Anforderungen an den Behördenvertreter	633
III. Zwangsvollstreckung	634
IV. Rechtsbehelfe	634
V. Vollstreckbare Niederschrift nach § 122 BauGB	635
1. Keine Unterwerfungserklärung, keine Befähigung zum Richteramt	635
2. Vollstreckungsklausel	636

Teil G: Zeitliche und räumliche Geltung vollstreckbarer Urkunden

§ 51. Intertemporäre und interlokale Geltung	637
I. Frühere Beurkundungszuständigkeiten	637
II. Frühere Fassung des § 794 ZPO	638
III. Ehemals deutsche Gebiete	638
IV. Ehemalige DDR und Ostberlin	638
1. Einigungsvertrag	638
2. Vollstreckungsklausel	639
3. DDR-Grundpfandrechte	639
§ 52. Internationale Urkundenvollstreckung	639
I. Auslandsansprüche	639
1. Keine Beschränkung auf deutsches Recht	639

2. Ausländisches materielles Recht	640
3. Vollstreckung im Ausland	640
4. Vollstreckbarkeit nur im Ausland	640
II. Internationale Anerkennung	640
III. Zweiseitige Vollstreckungsabkommen	641
1. Belgien	642
2. Griechenland	642
3. Niederlande	642
4. Österreich	642
5. Spanien	643
6. Tunesien	644
IV. Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG	644
V. Anpassung inländischer Unterhaltstitel (§ 245 FamFG)	645
§ 53. Europäische Urkundenvollstreckung – EuGVVO und verwandte Europäische Rechtsakte	646
I. Einführung	647
1. Geschichtliche Entwicklung	647
2. Fehlende Systematik	647
3. Die einzelnen Instrumente	647
II. Die EuGVVO	648
1. Mitgliedsstaat	648
2. Zivil- und Handelssachen	649
3. Ausgeschlossene Ansprüche	650
4. Öffentliche Urkunden	652
5. Im Mitgliedsstaat vollstreckbar	655
6. Verfahren	657
7. Zeitlicher Anwendungsbereich	662
III. Die Brüssel I-VO (EuGVVO Fassung 2001)	663
1. Grundlagen	663
2. Verfahren und ordre public	663
IV. Das EuGVÜ	669
V. Das Lugano-Übereinkommen	670
VI. Die EuEheGVVO	670
VII. Die EuUntVO	671
VIII. Die EuErbVO	679
IX. Die EuGüterVO	680
§ 54. Der Europäische Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen	680
I. Der Europäische Vollstreckungstitel	681
II. Grundsatz und Zuständigkeit	681
III. Voraussetzungen	682
1. Zivil- oder Handelssache	682
2. Vollstreckbare Urkunden	682
3. Europäische Vollstreckbarkeit	682
4. Vollstreckungsklausel	683
5. Bereits in anderem Mitgliedsstaat vollstreckbar	684
IV. Die Bestätigung	684
V. Rechtsbehelfe	687
1. Gegen Erteilung der Bestätigung	687
2. Gegen Ablehnung der Bestätigung	688
3. Materielle Einwendungen	688
VI. Vollstreckbarer Anwaltsvergleich	689
VII. Übergangsrecht	689
Stichwortverzeichnis	691